

Beschluss des Landrats vom 27.06.2024

Nr. 655

25. Jahresbericht 2023 2024/138; Protokoll: pw

Landratspräsident **Pascal Ryf** (Die Mitte) begrüsst Kantonsgerichtspräsident Roland Hofmann, der gemäss § 54 des Landratsgesetzes von Amtes wegen an der Beratung der Jahresrechnung teilnimmt.

Florian Spiegel (SVP), Präsident der Finanzkommission, führt aus, die Erfolgsrechnung 2023 weise einen Verlust von CHF 93,5 Mio. aus, budgetiert war ein Verlust von CHF 6,4 Mio. Dies führt zu einer entsprechenden Reduktion des Eigenkapitals – ohne Bilanzfehlbetrag aus der Reform der Pensionskasse – auf CHF 650,2 Mio. Das Eigenkapital liegt aber weiterhin deutlich über dem Warnwert. Selbstfinanzierungsgrad und Finanzierungssaldo fallen ebenfalls klar schlechter aus als budgetiert, so dass sich die Nettoverschuldung leider erhöht. Auf die Abtragung einer Jahrestanche des Bilanzfehlbetrags aus der Reform der Pensionskasse verzichtete der Regierungsrat, was die Erfolgsrechnung um CHF 55,5 Mio. entlastet. Die Nettoinvestitionen von CHF 178,9 Mio. liegen leicht unter dem budgetierten Wert.

Der Regierungsrat beantragt Genehmigung der Jahresrechnung sowie Kenntnisnahme des Berichts der Finanzkontrolle und von 11 Kreditübertragungen des Budgets 2023 in das Budget 2024 über total CHF 3,6 Mio. in der Erfolgsrechnung.

Das Prüfurteil der Finanzkontrolle enthält zwei Abweichungen zum Standardwortlaut. Sie macht erstens auf eine wesentliche Unsicherheit hinsichtlich der Steuererträge und zweitens auf einen Kommentar zum Beteiligungsspiegel aufmerksam, dass im Zusammenhang mit dem Projekt zur Überprüfung der Strategie des Kantonsspitals Baselland (KSBL) sowie der gemeinsamen Gesundheitsregion substantielle Mittelabflüsse, Wertberichtigungen, Garantien und Ähnliches möglich sind. Das Prüfungsurteil der Finanzkontrolle ist im Hinblick auf diese Sachverhalte jedoch nicht eingeschränkt, so dass sie die Genehmigung der Jahresrechnung empfiehlt.

Eintreten war in der Finanzkommission unbestritten. Wie gewohnt haben die Subkommissionen der Finanzkommission die Jahresrechnung in ihren Sachbereichen geprüft und schriftliche Zusatzauskünfte bei den zuständigen Verwaltungseinheiten eingeholt. Die Berichte der Subkommissionen können im Anhang des Kommissionsberichts nachgelesen werden.

Die Finanzkommission beurteilt den Jahresbericht 2023 insgesamt als nachvollziehbar und transparent. Aus ihren Beratungen hat sie den Eindruck erhalten, dass sich Regierungsrat, Gerichte und besondere Behörden der zentralen Herausforderungen in ihren jeweiligen Verantwortungsbereichen bewusst sind und über geeignete Ansätze verfügen, um mit ihnen umzugehen.

Der einzige inhaltliche Diskussionspunkt geht auf die Feststellung einer Subkommission zurück. Die Subkommission 2 ist angesichts des deutlich negativen Jahresabschlusses des KSBL rückblickend erstaunt, dass Verwaltungsrat und Geschäftsleitung des KSBL in der Vergangenheit die Jahresrechnung des Spitals und die Zielerreichung des Projekts Fokus positiv beurteilt haben. Die von der KSBL-Führung kommunizierten positiven Prognosen sind nicht eingetreten, wofür – wie die Kommission annimmt – bereits früher Anzeichen bestanden haben müssen. Angesichts der Diskrepanz zwischen bisheriger Kommunikation und tatsächlichem Ergebnis erwartet die Kommission künftig eine realistische Darstellung und Kommunikation der Finanzzahlen und Prognosen – insbesondere gegenüber dem Kanton als Eigner. Die Kommission stellt dabei nicht die Begründung der aktuellen Finanzsituation des Spitals infrage. Wie der Finanzdirektor nämlich aufgezeigt hat, steht das KSLB mit dieser Problematik innerhalb der Spitäler in der Schweiz alles andere als allein da. Der Kommission ist auch bewusst, dass die Rechnungslegung des KSBL gemäss Be-

richt der Revisionsstelle den rechtlichen Vorgaben entspricht, sich also auch die jeweiligen Prognosen im korrekten Rahmen bewegen.

Die Finanzkommission beantragt dem Landrat einstimmig mit 12:0 Stimmen Zustimmung zum unveränderten Landratsbeschluss und hat gestützt auf § 64 Absatz 1bis der Geschäftsordnung des Landrats einstimmig eine Eintretensdebatte beschlossen.

Hannes Hänggi (Die Mitte), Präsident der Geschäftsprüfungskommission, geht auf den Teil Geschäftsbericht des Jahresberichts ein. Die GPK hat auch in diesem Jahr ihren Auftrag zur Prüfung des Geschäftsberichts und der Jahresrechnung wahrgenommen und hat mit dem Regierungsrat und im Austausch mit den zuständigen Direktionen ihre Fragen geklärt. Diesbezüglich sei auf den Kommissionbericht verwiesen. Im Folgenden soll nur auf die wichtigsten Punkte eingegangen werden.

Ein Punkt, der sich fast wie ein roter Faden durch alle Direktionen zieht, ist die angespannte Personallage. So hat der Kanton Mühe, die Sollstellen zu besetzen, und weil in den nächsten Jahren auch die starke Generation der Babyboomer pensioniert wird, zeichnen sich weitere Lücken ab, die nur schwer zu schliessen sind. Fast überall klagt das Personal über die hohe Arbeitslast. Vor dem Hintergrund der angespannten Finanzlage des Kantons und dem grundsätzlichen Mehrbedarf an Personal ist dies fast ein gordischer Knoten, den das Parlament vorgesetzt bekommt. In der FKD wurde teilweise das Personalbudget unterschritten, weil nicht alle Stellen besetzt werden konnten. Probleme mit der Rekrutierung gibt es vor allem im Baubereich (Projektleitung und Ingenieur) und im Informatikbereich. Im Gespräch mit der Direktion hat sich aber gezeigt, dass der Kanton grundsätzlich als attraktiver Arbeitgeber wahrgenommen wird und eigentlich auch angemessene Löhne bezahlt.

Beunruhigt ist die GPK von den exogenen Aufwandpositionen des Kantons, die überdurchschnittlich zunehmen und die sich im Vergleich zum AFP des Vorjahrs verschlechtert haben. Der Regierungsrat hat darum die Direktionen und die kantonalen Behörden beauftragt, Entlastungsmassnahmen mit einem Entlastungsziel von über die nächsten vier AFP-Jahre insgesamt CHF 379 Mio. im Rahmen der ordentlichen Planungsprozesse zu erarbeiten. Diese Sparmassnahmen stehen auch wieder im Widerspruch zur Personallage und den sonstigen Anforderungen im Kanton. In der Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion war die Eigentümerstrategie des KSBL ein Thema. Die Eigentümerstrategie wurde zuletzt 2014 festgelegt. Eine nächste Anpassung wird im Rahmen der nun laufenden Strategieüberprüfung unter Einbezug des KSBL stattfinden. Dafür wurde ein Projekt lanciert, das neben der Strategieüberprüfung des KSBL auch die Überprüfung der gemeinsamen Gesundheitsregion umfasst. Derzeit werden im Rahmen dieses Projekts mögliche Strategien aus Versorgungs-, Eigner- und Unternehmersicht geprüft.

Zum Amt für Industrie, Gewerbe und Arbeit (KIGA): Die Leistungsvereinbarung mit dem Bund für den Vollzug der flankierenden Massnahmen im Bereich der tripartiten Kommissionen sah vor, dass der Kanton Basel-Landschaft im Jahr 2023 mindestens 400 Kontrollen durchführt. Das KIGA hat insgesamt mehr als 500 Kontrollen durchgeführt. Davon 268 Kontrollen von Schweizer Betrieben in Branchen ohne Gesamtarbeitsverträge. Damit hat der Kanton die Sollvorgaben eingehalten respektive sogar übertroffen.

Die Bau- und Umweltschutzdirektion (BUD) bekundet schon seit mehreren Jahren Mühe, die geplanten Stellen zu besetzen. Im Vorjahr konnten rund 30 Stellen nicht besetzt werden. Die Direktion begründet dies mit dem teilweise ausgetrockneten Arbeitsmarkt. Deshalb arbeitet sie eng mit der HR-Organisation des Kantons zusammen. Zusätzlich betreibt sie intensives Personalmarketing und es gibt ein Projekt für die Nachfolgeplanung und fürs Talent-Management. Dennoch geht die BUD davon aus, dass sich der Mangel an Fach- und Führungskräften in den kommenden Jahren verschärfen wird, weil zahlreiche Pensionierungen anstehen. Das Stichwort ist auch hier wieder: Babyboomer. Leider blieben in der BUD auch Lehrstellen unbesetzt. Von den 25 geplanten Lehr-

stellen wurden im vergangenen Jahr nur 15 besetzt. Die GPK hat deshalb der BUD empfohlen, an Jobmessen teilzunehmen, um sich als attraktiver Arbeitgeber präsentieren zu können. Ein weiteres Thema der GPK im Zusammenhang mit der BUD war die hohe Zahl an nicht innert Frist erfüllter Vorstösse. Die Direktion berichtete, dass aktuell in der BUD 126 Vorstösse offen sind, davon sind 15 im Landrat oder in den landrätlichen Kommissionen hängig. Von den verbleibenden 111 Vorstössen befinden sich 48 innerhalb der laufenden Beantwortungsfrist. Bei 63 Vorstössen wurde die Frist bereits überschritten. Als Entschuldigung werden teilweise noch ausstehende Rückmeldungen von Dritten angeführt. Um dieses Problem zu lösen, hat die BUD eine Vorgehensweise zur Beschleunigung der Bearbeitung vorgestellt.

In der Sicherheitsdirektion (SID) war auch der Personalbestand das Hauptthema; dies insbesondere bei der Polizei. Wegen Cybercrime und dem im letzten Jahr beobachteten, starken Anstieg an Delikten und Kriminalfällen hat die Polizei ihrer Ansicht nach zu wenig Personal. Das vorhandene Personal muss zudem viele administrative Arbeiten erledigen – dies teilweise aufgrund des Datenschutzes oder wegen der täterorientierten Haltung der Anwälte bei der Strafverfolgung und der umfassenden Beschwerdemöglichkeiten gegen alles, was die Strafverfolgungsbehörden tun oder nicht tun. Bei der GPK ist deshalb der Eindruck entstanden, dass der Täterschutz fast zu hoch gewichtet wird respektive gewichtet werden muss. Weiter ist problematisch, dass die organisierte Kriminalität unter dem Radar der Polizei läuft. Die GPK ist beunruhigt über die Schilderungen der Polizei über die Zustände im Kanton, und dass der Polizei in Bezug auf die organisierte Kriminalität die Hände gebunden sind, weil ihr eben auch hier das Personal fehlt und eine entsprechende Spezialeinheit vor einigen Jahren aus Spargründen aufgehoben wurde. Dies scheint sich nun zu rächen, weil sich die organisierte Kriminalität im Kanton ausbreiten kann.

Schliesslich ist in der Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion (BKSD) der Personalaufwand im Vergleich zum Vorjahr zwar um CHF 21 Mio. gestiegen, budgetiert wäre aber ein Mehraufwand von CHF 24 Mio. gewesen. Die Differenz von CHF 3 Mio. wird damit begründet, dass sich das Lehrpersonal verjüngt hat und entsprechend lohnmässig tiefer eingestuft ist. Zudem konnten Stellen im Generalsekretariat nicht sofort besetzt werden. Der grundsätzliche Mehraufwand beim Personal wird mit der demografischen Entwicklung und damit begründet, dass drei Sonderschulklassen und wegen den Geflüchteten aus der Ukraine zwei zusätzliche Klassen gebildet werden mussten. Zudem sind auch die Erwartungen an die Sonderschulung gestiegen. Die GPK ist auch besorgt über die steigende Anzahl an Schülerinnen und Schülern mit psychischen Problemen und Verhaltensauffälligkeiten. Vieles deutet auf eine Multikrise mit vielfältigen Ursachen hin. Dazu zählen Faktoren wie die familiäre Situation, Beziehungen, Technologie, Konsumgewohnheiten und die gesellschaftlichen Entwicklungen. Deshalb ist es schwierig, klare Ursachen zu identifizieren und einheitliche Lösungen zu finden. Die Zunahme ist alarmierend. Alleine im vergangenen Jahr mussten im schulischen Umfeld sechs Suizide verzeichnet werden. Das Amt für Volksschulen hat deshalb ein Projekt lanciert, um die psychische Gesundheit der SuS zu fördern und auch um ihren schulischen Erfolg zu sichern.

Grundsätzlich kann festgehalten werden, dass der Regierungsrat sämtliche Fragen der GPK beantworten und zu allen Bedenken der GPK Stellung nehmen konnte. Die GPK dankt allen Mitarbeitenden des Kantons für die geleistete Arbeit und beantragt dem Landrat einstimmig mit 14:0 Stimmen, den Teil Geschäftsbericht im Jahresbericht zu genehmigen.

– *Eintretensdebatte*

Dieter Epple (SVP) sagt, die Kommissionsberichte seien sehr ausführlich vorgestellt worden, und er möchte nicht mehr auf die Zahlen eingehen. Seit Jahren sind mit dem Bildungs- und Gesundheitswesen die grössten Kostentreiber bekannt. Jährlich wird der Landrat mit zusätzlichen, nicht budgetierten Mehrkosten konfrontiert. Die Politik hat diese Probleme vor sich hin geschoben. Die Frage «wie weiter?» bleibt offen. Wie findet der Kanton zurück zur Normalität? Zum Glück wurde

eine Schuldenbremse eingeführt. Das heisst, Regierungsrat und Landrat sind gezwungen, endlich zu reagieren und Lösungen zu finden. Dies wird nicht einfach sein. Steuererhöhungen oder die Einführung von zusätzlichen Steuern sind sicherlich keine Lösung. Wer die Finanzen versteht, schaut nicht nur die Einnahmeseite an und straft nicht die Steuerzahler, die nicht schuld an der Misere sind. Der Kanton soll attraktiv bleiben und die Steuerzahler – egal ob private oder Firmen – im Baselbiet behalten. Die Kostenseite wurde aufgrund von jährlich zunehmenden Einnahmen seitens Nationalbank, höheren Steuereinnahmen oder höheren Ablieferungen durch die Kantonalbank zu lange vernachlässigt. Der Regierungsrat wird gezwungen, das zu tun, was frühere Regierungsräte verpasst haben: Die Kantonsfinanzen wieder in vernünftige und vor allem bezahlbare Bahnen zu steuern. Im Gesundheitswesen wird man nicht darum herum kommen, neben der Prämienentlastung auch über die Anzahl Spitäler zu diskutieren. Alle wissen, dass in der Region ein Überangebot an Gesundheitsversorgern besteht. Dieter Eppe denkt nicht nur an eine Schliessung eines Spitals, sondern auch die Kliniken müssen ein Diskussionspunkt sein. Der zweite Kostentreiber in der Bildung ist schon längststens bekannt. Neue Vertragsverhandlungen mit Basel-Stadt in Bezug auf die Universität sind unumgänglich und werden auch von der Bevölkerung gefordert. Aber auch die übrige Bildung mit den Sonderschulen, bei denen Basel-Landschaft schweizweit an vorderster Front anzutreffen ist, muss ein Thema sein. Sparen, wo es möglich, sinnvoll und vor allem verständlich ist. Richtig erscheint, dass die Steuereinnahmen weiterhin verantwortungsbewusst und mit Augenmass ausgegeben werden. Der Regierungsrat und die Verwaltungsmitarbeitenden haben einen guten Job gemacht. Dafür ein Kompliment und besten Dank. Die Herausforderungen bleiben aber. Die SVP-Fraktion hofft und wünscht ein glückliches Händchen und gutes Gelingen. Sie stimmt der Rechnung 2023 zu.

Ronja Jansen (SP) sagt, die SP-Fraktion nehme den Jahresbericht mit grosser Besorgnis zur Kenntnis. Der Kanton schliesst mit einem Defizit von CHF 194 Mio. ab. Dies ist CHF 87 Mio. schlechter als budgetiert. Auch wenn die einzelnen negativen Abweichungen nachvollziehbar sind, so muss in der Gesamtsicht doch gesagt werden, dass massiv zu optimistisch budgetiert wurde. Es drängt sich der Verdacht auf, dass möglicherweise politische Gründe dahinterstecken. Die zu optimistische Budgetierung scheint in jedem Fall mit den Interessen der rechten Mehrheit im Einklang zu stehen. Das damalige Budget stammt aus der Zeit der Abstimmung über die Vermögenssteuerreform. Damals wurde gut und gerne und ausführlich erklärt, wie rosig die Kantonsfinanzen aussehen. Offensichtlich sehen die Dinge heute sehr anders aus: Es besteht ein Defizit von CHF 94 Mio. und ein neues Abbaupaket wurde bereits angekündigt. Es kommt einem etwas vor wie ein Déjà-vu. Es ist nicht das erste Abbaupaket. In den letzten Jahren musste die Bevölkerung des Kantons mehr als drei Abbaupakete über sich ergehen lassen. Dazwischen sind die Steuern, insbesondere für Wohlhabende, immer wieder gesenkt worden: die Vermögen-, die Erbschafts- und die Unternehmenssteuern – ganze drei Male. Die Abbaupakete und die Steuergeschenke haben sich in den letzten 25 Jahren zuverlässig abgewechselt. Wenn nun die Ausschüttung der Nationalbank mal ausbleibt oder die Schülerinnen- und Schülerzahlen ansteigen und mehr Gesundheitsleistungen in Anspruch genommen werden, dann kann der Landrat die Verantwortung für die Gesamtausgangslage nicht von sich schieben. Die finanzielle Misere, vor der man heute steht, ist hausgemacht. Es gibt Menschen im Kanton, die massiv von der Steuerpolitik der letzten Jahrzehnte profitiert haben. Es gibt aber auch Menschen mit tiefen und mittleren Einkommen, die schon seit Jahren den Preis dafür bezahlen. Für die SP-Fraktion ist klar: Dieses Mal nicht! So kann es nicht weitergehen! Mit der Teuerung, den steigenden Mieten und Prämien steht das Wasser vielen Leuten schon heute bis zum Hals und ein weiteres Abbaupaket auf ihrem Buckel ist für die SP schlicht keine Option. Stattdessen müssen die Fehler aus der Vergangenheit endlich angegangen und behoben werden. Was heisst dies genau? Die Steuersenkungen der letzten 25 Jahre müssen rückgängig gemacht werden. Es braucht zusätzliche Einnahmen, weil auf der Ausgabenseite die

Zitronen inzwischen längst ausgepresst. Zweitens braucht es eine Revision des Finanzhaushaltsgesetzes. Viele Landrätinnen und Landräte sind wohl mit dem Gesagten ganz und gar nicht einverstanden. Dies gehört zur politischen Debatte dazu. Das Finanzhaushaltsgesetz verhindert, dass der Landrat seine Aufgabe wahrnimmt, indem es einen einseitigen Abbau vorschreibt. Dies ist aus Sicht von Ronja Jansen dem Kanton unwürdig. Der Landrat wird sich in den nächsten Jahren eingehend mit dem vorliegenden Jahresbericht und den Folgen der finanziellen Prognosen und der Ausgangslage auseinandersetzen. Machen wir das ohne Scheuklappen!

Saskia Schenker (FDP) nimmt gerne zum Jahresbericht 2023 Stellung. Der Abschluss ist viel schlechter als budgetiert und hat in seiner Höhe überrascht. Der Vorrednerin ist aber zu widersprechen: Es gibt ein überproportionales Ausgabewachstum und kein Einnahmeproblem. Die Einnahmeseite hat sich sehr gut entwickelt. Die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler leisten einen immer höheren Beitrag zu den Staatsfinanzen. Auch die Einnahmen bei den Unternehmenssteuern sind gewachsen und auch der weitere Ausblick bezüglich der Einnahmeseite ist sehr gut. Es gibt ein konstantes Wachstum. Auf der Ausgabenseite besteht hingegen ein Problem. Die FDP-Fraktion hatte in der AFP-Debatte vom letzten Dezember darauf aufmerksam gemacht, dass viel vorsichtiger mit den Ausgaben umgegangen und vorsichtiger budgetiert werden muss. Im 2023 war die Entwicklung der Zahlen bereits klar ersichtlich. Die FDP-Fraktion hatte deshalb diverse Anträge gestellt im Bereich des Personalwachstums, weil gesehen wurde, dass das Wachstum immer höher ausfällt, als ursprünglich in den Vorjahren budgetiert worden war. Saskia Schenker möchte alle daran erinnern, dass die FDP-Fraktion damals ziemlich abgekanzelt wurde. Schade. Als kurze Zeit später der Jahresabschluss 2023 vorlag, wurde ersichtlich, dass unbedingt auf der Ausgabenseite angesetzt werden muss. Dies passt auch gut mit der Feststellung der GPK zusammen. Es ist wichtig, dass diejenigen Stellen besetzt werden können, die unbedingt gebraucht werden. Aber bitte kein Stellenwachstum. Denn da konkurrenziert man nämlich die Privatwirtschaft, welche die genau gleiche Problematik hat. Damit schadet sich der Kanton wieder selber. Denn die Privatwirtschaft bezahlt letztlich die Steuern.

Die Schuldenbremse im Finanzhaushaltsgesetz ist bedeutend. In der Legislatur 2015–2019 – hierfür sei Regierungsrat Anton Lauber gedankt – wurden genau die Hausaufgaben erledigt, damit heute diejenigen Instrumente im Gesetz enthalten sind, um auf eine solche Situation reagieren zu können. Der Regierungsrat muss reagieren und er muss klar auf der Aufgabenseite reagieren. Deshalb macht er dies nun auch ohne grosses politisches Geplänkel. Er muss die Verantwortung übernehmen für das Geld der Leute, das dem ganzen Kanton gehört. Ganz wichtig ist hier auch, dass der Regierungsrat den besonderen kantonalen Behörden nicht vorschreiben kann, auf die Ausgabenbremse zu stehen. Hier ist der Landrat zuständig. Die FDP-Fraktion möchte ganz klar auch die besonderen Behörden und insbesondere die Gerichte in die Pflicht nehmen, damit diese ebenfalls ihren Beitrag leisten.

Zum Rezept der SP: Den Leuten noch mehr Geld aus dem Sack zu nehmen, indem die Steuern erhöht werden, führt in die Misere. Der Kanton steht schweizweit schon sehr schlecht da. Zu den erwähnten Steuerreformen der vergangenen Jahre kann zudem gesagt werden, dass es 2007 eine sehr soziale Steuerreform gab. Familien, Alleinstehende und ältere Menschen wurden stark entlastet. Seither bezahlt über 20 % der steuerpflichtigen Baselbieter Bevölkerung keine Steuern. Für die unteren Einkommen ist die Steuerkurve sehr sozial. Nachher steigt die Progression aber sehr stark an. Genau dort muss angesetzt werden, weil davon der Mittelstand auch betroffen ist und überproportional mehr bezahlt. Es kann nicht sein, dass man diesen Leuten noch mehr Geld aus dem Portemonnaie nehmen möchte.

Saskia Schenker präsidiert die Subkommission 2, VGD. Der Kommissionspräsident hat bereits auf die Feststellung der Subkommission zum KSBL hingewiesen. Es gilt die Wichtigkeit hervorzuheben, dass Führungspersonen von öffentlich-rechtlichen Institutionen, die Geld kosten und Leis-

tungen für den Kanton erbringen, ganz korrekt informieren. Selbstverständlich hat man in den letzten Jahren die Herausforderungen des Kantonsspitals und im Gesundheitsbereich gesehen und auch, dass die Einnahmen abnehmen. Es müsste in diesem Kontext jedoch auch transparent informiert werden, ob die eigene Zielerreichung und die eigene Strategie wirklich noch aufgehen kann. Es ist wichtig, dass eine Führungsperson bei der Darstellung und Veröffentlichung des Geschäftsberichts unterscheidet zwischen finanzieller Realität und Marketing. Die Subkommission wollte dies so festhalten, weil die Öffentlichkeit die Finanzen nicht im Detail liest und nicht alle Details verstehen kann. Umso mehr muss gegenüber der Öffentlichkeit entsprechend informiert werden. Schneidet das Kantonsspital schlecht ab, schlägt dies eins zu eins auf die Kantonsrechnung durch, was anhand des Abschreibers von CHF 25 Mio. ersichtlich wurde. Es besteht auch nicht mehr viel Spielraum. Die FDP-Fraktion unterstützt die Arbeiten von Regierungsrat Thomi Jourdan und den zuständigen Kommissionen. Die Arbeiten laufen und sind sehr dringend. Die Verantwortlichen in den Institutionen werden gebeten, korrekt und im Einklang mit dem Regierungsrat zu informieren. Es kann nicht sein, dass in einer solch schwierigen Situation unterschiedliche Informationen an die Öffentlichkeit gehen.

Saskia Schenker dankt im Namen der FDP-Fraktion für den Jahresbericht.

Marco Agostini (Grüne) sagt, die Grüne/EVP-Fraktion werden beim Zuschieben des Schwarzen Peters nicht mitmachen. Alle tragen eine Verantwortung und nicht nur Einzelne – weder Regierungsrat oder Landrat allein, noch einzelne Parteien. Es sind alle dafür verantwortlich, dass es im letzten Jahr schlecht ausgesehen hat. Wichtig ist, dass nun vorwärtsgemacht wird und alle die Verantwortung gegenüber den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern sehen. Marco Agostini befürchtet leider, dass nach den Sommerferien wieder das «Hin- und Hergeplänkel» beginnt. Dafür ist die Grüne/EVP-Fraktion nicht zu haben. Sie wird bei jedem Thema konstruktiv mitarbeiten und nicht einzelnen die Schuld in die Schuhe schieben.

Silvio Fareri (Die Mitte) sagt, auch die Mitte-Fraktion werde dem Jahresbericht zustimmen und auch für sie sei die Ausgangslage unbefriedigend. Dieter Epple und Saskia Schenker haben bereits viele Punkte angesprochen. Es ist nicht die feine Art, wenn nun versucht wird, Volksentscheide rückgängig zu machen. Dies ist Politik: Manchmal gehört man zu den Gewinnern und manchmal zu den Verlierern. Das muss akzeptiert werden. Wie Marco Agostini bereits gesagt hatte: Zeigt man mit dem Finger auf andere, muss man sich bewusst sein, dass andere wieder zurückzeigen. Alle Anwesenden sind gefordert, zu den Kantonsfinanzen Sorge zu tragen, für einen attraktiven Kanton zu sorgen und die entsprechenden Rahmenbedingungen zu schaffen.

Christina Wicker-Hägeli (GLP) sagt, die GLP-Fraktion danke dem Regierungsrat, der Finanzkontrolle und der Verwaltung für die Erstellung des Jahresberichts 2023. Ja, der Kanton befindet sich in einer finanziellen Talsituation. Heute ist aber wirklich nicht der richtige Zeitpunkt für Schuldzuweisungen, weil das Defizit zu einem grossen Teil aufgrund exogener Faktoren entstanden ist, die nicht beeinflusst werden können. Entsprechend ist wichtig, dass dort, wo es möglich ist, gut mit dem Nachbarkanton Basel-Stadt zusammengearbeitet wird. Der Landrat schafft dies gemeinsam und nach einer Talsohle kommt meist auch wieder ein Berganstieg. Es gibt auch schon Licht am Horizont. Deshalb sollte man nicht nur negativ sein.

Markus Brunner (SVP) findet es als Finanzkommissionsmitglied schwierig, wenn ein anderes Finanzkommissionsmitglied JUSO-Parolen par excellence über Minuten herunterleiert. Von Seiten der Grüne/EVP-Fraktion, der GLP-Fraktion, der FDP-Fraktion und der Mitte-Fraktion gab es gute Voten. Es sind alle im gleichen Boot und es gibt auch schon wieder positive Anzeichen. So schwarz möchte Markus Brunner deshalb auch nicht malen. Die direkten Bundessteuern haben mit CHF 44 Mio. zu Buche geschlagen, was nicht vorausgesehen werden konnte. Dies ist schon

fast die Hälfte des vorliegenden Minus. Alle anderen Punkte in Bezug auf Spital und Bildung wurden bereits angesprochen.

Regierungsrat **Anton Lauber** (Die Mitte) dankt den Kommissionen für die gute Aufnahme des Jahresberichts. Der Jahresbericht hat dies auch verdient: Er ist transparent, klar und zeigt eine rückwärts- und eine vorwärtsgewandte Perspektive auf. Genau dies ist ein Exekutive einem Parlament schuldig.

Das Resultat ist nicht so herausgekommen, wie man dies wollte. Was ist passiert? Es handelt sich vorab um Positionen, die weder Regierungsrat noch Landrat telquel steuern können. Die Gewinnausschüttung der Nationalbank ist nicht gekommen – wobei diese in anderen Jahren auch schon viel höher, nämlich sechsfach, war. Dann wurden beim Bund die Bundes- und Verrechnungssteuern zu hoch eingeschätzt, weil davon ausgegangen wurde, dass sich die Wirtschaft schneller von der Covid-Krise erholt. Dies war leider nicht der Fall, was zu einer Reduktion der Prognose der Bundessteuern geführt hat. Dann sind die Gesundheitskosten gestiegen. Bei den Bundessteuern handelt es sich um Schätzungen und meistens ist erst nach vier oder fünf Jahren bekannt, ob die Schätzungen korrekt waren oder nicht. Damit gibt es automatisch immer Schwankungen in der Rechnung. Bei grossen Schwankungen tut dies natürlich weh, aber damit muss man leben. Im Bereich des Gesundheitswesens hat sich abgezeichnet, dass die Schätzungen nicht präzise sind. Dies wurde auch von der Finanzkontrolle in ihrem Bericht so moniert und führt auch zu einer Bemerkung im Rahmen des Berichts der Finanzkontrolle zur Jahresrechnung, dass im Bereich der Entwicklung der Gesundheitskosten für die Zukunft noch sehr viele Unsicherheiten bestehen. Dies haben alle erkannt. Dann kam noch etwas Neues hinzu: Es mussten ungeplante Rückstellungen für Deponien in der Höhe von CHF 49 Mio. gemacht werden. Mit Fortschreiten der Projektierung dieser Sanierung wurde festgestellt, dass es teurer wird. Mit anderen Worten: Es gibt eine Summe von nicht oder kaum beeinflussbaren Faktoren, die am Ende das Resultat der Rechnung in der vorliegenden Form bestimmt haben.

Kleine Bemerkung zu den Steuererträgen: Die Steuererträge steigen seit Jahren kontinuierlich und werden auch in Zukunft kontinuierlich steigen. Es stimmt nicht, dass irgendwelche Steuergeschenke gemacht wurden, die zu Steuerermindererträgen geführt und in der Kasse riesige Löcher geschlagen hätten. 2007 gab es die letzte grosse Revision bei den Einkommenssteuern. Bei den tiefen und mittleren Einkommen wurden enorm tiefe Tarife gesetzt. Dafür wurden bei den höheren Einkommen ab CHF 250'000.– netto eine steile Prognose reinetan. Die Wirtschaft läuft gut und momentan profitiert der Kanton nach wie vor von steigenden Steuererträgen.

Die Rechnung ist zwar nicht erfreulich, aber seit 2018 gab es unglaubliche Überschüsse. Deshalb konnte vor der Rechnung 2023 auch CHF 750 Mio. Eigenkapital geäufnet werden und der Kanton befindet sich hinsichtlich der Schuldenbremse weit über den Warn- und Alarmwerten. Allein im letzten Jahr konnte eine dreifache Tranche – also über CHF 160 Mio. – des Bilanzfehlbetrags aus der Pensionskassenreform abgetragen werden. Trotzdem konnte am Ende noch ein Überschuss von CHF 95 Mio. ausgewiesen werden. Regierungsrat Anton Lauber wäre entsprechend etwas vorsichtig mit der Argumentation, man habe schon lange vorausgesehen, wie schwierig es wird. Die Arbeiten zur Rechnung und dem Aufgaben- und Finanzplan erfolgen jeweils parallel. Die Rechnung 2023 wurde erarbeitet, zudem gibt es drei Steuerungsberichte pro Jahr, die der Finanzkommission abgegeben werden. Die Finanzkommission ist somit immer auf dem Laufenden. Im Dezember 2023 wurde aufgezeigt, wo in etwa die Reise hin geht. Was wurde festgestellt? Es gibt enorme Kostensteigerungen in den Bereichen Gesundheit und Bildung in den nächsten vier Jahren. Diese Feststellung erforderte erhöhte Aufmerksamkeit des Regierungsrats für die Zukunft. Im AFP 2024–2027 müssen CHF 117 Mio. für die Bildung und CHF 181 Mio. für die Gesundheit eingesetzt werden. Dies sind zusammengezählt über CHF 300 Mio. Dabei handelt es sich um Prognosen, die berücksichtigt werden müssen. Die Zahlen im Bereich Gesundheit entstehen vor allem

aufgrund der Demografie – die Bevölkerung wird immer älter –, aber auch die medizinischen Möglichkeiten nehmen zu und die Behandlungen werden besser – und zum Teil dann eben auch teurer – und es gibt einen reinen Mengeneffekt. Mehr Operationen und Patienten wirken sich aus. Der Regierungsrat ist gemeinsam mit Regierungsrat Thomi Jourdan eng daran, eine Lösung für die Zukunft zu finden. Im Bereich Bildung gibt es vor allem bei den Sonderschulen ein starkes Wachstum. Es hat sich abgezeichnet, dass sich die Kosten bei der Bildung, aber auch vor allem bei der Gesundheit, weiter entwickeln werden. Dies war das Zeichen, dass sich Regierungsrat Anton Lauber hingestellt und gesagt hat, es werde wieder eng für die Zukunft. Dies ist der Vorteil des Aufgaben- und Finanzplans: Es wird nicht nur von Jahr zu Jahr «gedümpelt», sondern der Blick voraus umfasst jeweils vier oder am liebsten sogar acht Jahre, so dass man heute weiss, was in vier oder acht Jahren passieren wird. Es hat keinen Wert, hinzustehen und irgendetwas zu beschönigen. Deshalb hat der Regierungsrat, als er den Handlungsbedarf erkannte, eine Finanzstrategie erarbeitet. Basierend auf ebendieser Finanzstrategie wird nun gearbeitet. In einer ersten Phase der Finanzstrategie wurde alles gesichtet und die Sachkosten wurden als erste Massnahme um 10 % reduziert. Der Forecast, der jeweils geschrieben wird, hatte des Weiteren gezeigt, dass sich die Erwartungen bezüglich des Kostenwachstums für den AFP 2025–2028 bestätigen. Damit wird ersichtlich, dass die Realitäten zwischen AFP 2024–2027 und AFP 2025–2028 sehr eng zusammenliegen und am Ganzen mehr oder weniger miteinander gearbeitet wird. Bei den aktuellen Arbeiten richtet man sich an der Schuldenbremse aus. Diese wurde eingeführt, um mittelfristig steuern zu können. Die Schuldenbremse hat gemäss Gesetz zwei Pfeiler: Der erste Pfeiler ist das Eigenkapital mit dem Warnwert und dem Alarmwert. Diesbezüglich hat der Kanton derzeit keine Probleme. Der zweite ist der mittelfristige Ausgleich, wo der Kanton unter Druck gerät. Die vier vorhergehenden und nachfolgenden Jahre müssen in der Summe mindestens zu einer Null führen. Die Aufgaben- und Finanzplanung 2025–2028 muss darauf ausgerichtet sein, dass auf die acht Jahre eine ausgeglichene Rechnung präsentiert werden kann. Dies ist die Funktion der Schuldenbremse. Es ist ausserordentlich verantwortungsbewusst, dass man transparent in die Zukunft sieht, wie sich die Rechnung und die Finanzlage in Zukunft entwickeln können, und dass die Handlungsfelder klar adressiert und dann auch angegangen werden können. Viele der Handlungsfelder wurden heute angesprochen. Alle wissen, warum es geht – auch im Verhältnis mit dem Nachbarkanton Basel-Stadt, mit dem Diskussionen aufgenommen und geführt werden müssen.

Das Kostenwachstum bewegt sich in einem Bereich, mit dem man eigentlich zufrieden sein kann – je nachdem, wo man politisiert. Es gibt in der Bildung und in der Gesundheit Mehrausgaben. Dies darf berücksichtigt werden, wenn nun damit begonnen wird, Schuldzuweisungen zu machen, weshalb wo die Kosten steigen. Regierungsrat Anton Lauber erachtet die Schuldenbremse als richtig. Mit dieser soll vernünftig weitergearbeitet werden können. Der Regierungsrat wird dies für die Zukunft auch machen.

Von der GPK wurden einige Themen angesprochen. Regierungsrat Anton Lauber möchte gerne noch kurz auf das Personal zu sprechen kommen: In bestimmten Bereichen gibt es einen Fachkräftemangel. Dies vor allem in der BUD bei den Projektleitungen und den Ingenieurinnen und Ingenieuren, dann aber auch in der FKD im Bereich der IT, weil dort der Markt tatsächlich ausgetrocknet ist. Wie die Lohnstrukturanalyse zeigt, ist weniger der Lohn, sondern der ausgetrocknete Markt das Problem. Die Anstellungsbedingungen des Kantons sind durchaus gut.

Der Regierungsrat wird sich für die Jahre 2025–2028 wieder beim Landrat melden. Die Finanzkommission konnte gestern orientiert werden. Die Verantwortung wird gemeinsam wahrgenommen. Regierungsrat Anton Lauber denkt, dass man die Finanzen in Zukunft wieder ins Lot bekommt, wenn man hart am Ball bleibt.

Landratspräsident **Pascal Ryf** (Die Mitte) gratuliert Roland Hofmann zu seinem 20-Jahres-Dienstjubiläum vom kommenden Montag.

Kantonsgerichtspräsident **Roland Hofmann** dankt für die Gratulation und namens der Geschäftsleitung der Gerichte der Finanzkommission, insbesondere der Subkommission 4, für den Befund, dass der Jahresbericht der Gerichte nachvollziehbar und transparent sei und keine ausserordentlichen Abweichungen aufweise – spricht, dass die Berichterstattung zufriedenstellend sei.

Kantonsgerichtspräsident Roland Hofmann möchte zu einem Punkt einige Bemerkungen anbringen: Im Bericht heisst es, dass auffallend sei, dass beim Kantonsgericht bei rund 50 unbefristeten Stellen 21 Ausbildungsstellen angesiedelt seien. Dies würde ja bedeuten, dass jede oder jeder zweite Angestellte neben der Ausbildungsaufgabe auch auf eine Unterstützung zählen darf. Bei den Stellen handelt es sich um 20 juristische Volontariatsstellen, die nur finanztechnisch und HR-mässig beim Kantonsgericht angesiedelt sind, aber bei den einzelnen Gerichten tätig sind. Wie richtig bemerkt wird, erfolgt neben einer praktischen Ausbildung auch eine Unterstützung durch die Volontärinnen und Volontäre im Rechtsprechungsbetrieb. Sie erbringen dort operativ wesentliche Leistungen. Diese Leistungen werden heute aber nicht mehr adäquat entlohnt, was auch eine im März beantwortete Interpellation zum Ausdruck bringt. Die Unterbezahlung zeigt sich besonders darin, dass bei der Berechnung für eine Volontärin eine halbe Gerichtsschreiberstelle eingesetzt wird. Das heisst, ohne die Praktikanten müssten zehn Gerichtsschreiber eingestellt werden, was wesentlich mehr kosten würde. Der aktuelle Praktikumslohn liegt unter CHF 3'000.–. Für den doppelten Betrag lassen sich aber noch keine Gerichtsschreiber anstellen. Gemäss der Interpellationsantwort sollen die Volontärlöhne in der zweiten Etappe des Projekts «Modernisierung des Lohnsystems» überprüft werden. Die Gerichte begrüssen dies, möchten aber auch deponieren, dass aus Sicht Gericht punkto Volontariatslöhne ein klarer, wenn nicht gar dringender Handlungsbedarf besteht. Denn die Volontariatsstellen können zurzeit nicht mehr lückenlos besetzt werden. Zudem möchte der Kanton schliesslich auch ein fairer und attraktiver Arbeitgeber sein, dies vor allem auch vor dem Hintergrund des aktuellen Rekrutierungsdrucks; dies im Bewusstsein, dass der Kanton finanziell unter Druck ist – aber wie gesagt: Volontäre sind immer noch die günstigere Lösung als Gerichtsschreiber.

://: Eintreten ist unbestritten.

– *Detailberatung Jahresbericht*

Landratspräsident **Pascal Ryf** (Die Mitte) schlägt vor, auf die Detailberatung zu verzichten.

://: Auf Detailberatung wird stillschweigend verzichtet.

– *Detailberatung Landratsbeschluss*

Keine Wortmeldungen.

– *Rückkommen*

Es wird kein Rückkommen verlangt.

– *Schlussabstimmung*

://: Mit 81:1 Stimmen wird dem Landratsbeschluss zugestimmt.

Landratsbeschluss betreffend Jahresbericht 2023

vom 27. Juni 2024

Der Landrat des Kantons Basel-Landschaft beschliesst:

- 1. Der Jahresbericht 2023 wird genehmigt.*
 - 2. Vom Bericht der Finanzkontrolle zum Jahresbericht 2023 wird Kenntnis genommen.*
 - 3. Von den Kreditübertragungen 2023 auf 2024 wird Kenntnis genommen.*
-